

Behandlung der Anregungen
aus den
Einwohnerversammlungen 2010

1. Anregung aus der Einwohnerversammlung am 29.06.2010:

Untersuchung eines neuen 11. Planungsfalles im Rahmen der Einarbeitung des Masterplanes Verkehr – Dr. Fischer /Dipl. Ing.Knoll

Behandlung im Ausschuss:

Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 07.10.2010

Vorlage:

Vorlage 2010/119

Beschluss:

Folgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst: "Die in der Einwohnerversammlung am 29.06.2010 für eine Untersuchung als 11. Planungsfall vorgeschlagene Netzergänzungsvariante wird im Rahmen der Aufstellung des Masterplans Verkehr nicht berechnet, analysiert oder bewertet."

2. Anregung aus der Einwohnerversammlung am 29.06.2010:

Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes -
Herr Offen

Die Wohnungsbauziele ISEK, Seite 66, von jetzt 2.606
Wohneinheiten auf 1.500 Wohneinheiten, werden
zurückgenommen. Ahrensburg verzichtet auf eine
Stadterweiterung auf der grünen Wiese

Behandlung im Ausschuss:

gemeinsame Sitzung des Bau- und Planungsausschusses und
des Umweltausschusses am 01.12.2010

Vorlage:

Vorlage Nr. 2010/134

Beschluss:

Der Bau- und Planungsausschuss und der Umweltausschuss
haben mehrheitlich beschlossen, dass die in der
Einwohnerversammlung am 29.06.2010 vorgeschlagenen
Änderungen für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept im Juni
2011 bei der Überprüfung des ISEK mit bewertet werden.

**3. Anregung aus der Einwohnerversammlung am 29.06.2010:
Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes –
Herr Offen**

Ahrensburg erhält und entwickelt die naturräumliche Qualität des Auetals. Eine Randbebauung findet nicht statt. Sportplätze werden nicht in das Auetal verlagert. Zur langfristigen Sicherung wird die Ausweisung von weiteren Flächen als Naturschutzgebiet angestrebt.

Behandlung im Ausschuss:

gemeinsame Sitzung des Bau- und Planungsausschusses und des Umweltausschusses am 01.12.2010

Vorlage: Vorlage Nr. 2010/134

Beschluss:

Folgender Beschluss wurden im Umwelt- und Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich gefasst: "Die Erweiterung des Naturschutzgebietes Ammersbek-Hunnau-Niederung wird bei dem zuständigen Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein nicht beantragt". Gleichzeitig wurde über den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beraten, der eine Umwandlung des Auetals zwischen Klärwerk und Schlossteich in ein Naturschutzgebiet fordert (AN/061/2010). Dieser Antrag wurde vom Bau- und Planungsausschuss und vom Umweltausschuss abgelehnt.

4. Anregung aus der Einwohnerversammlung am 30.11.2010:

Anregung durch Herrn Ipsen - Prof. Dr. Bull wird beauftragt, ein schriftliches Gutachten über die Versorgungsansprüche des Bürgermeisters und zur Frage eines Versorgungslastenausgleiches zu erstellen. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von 10.000 Euro werden zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird Prof. Dr. Bull alle für das Gutachten erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stellen, insbesondere die Beschlussvorlage Nr. 2010/133 mit Anlagen der Hauptausschusssitzung am 22.11.2010 – Anregung durch Herrn Ipsen

Behandlung im Ausschuss:

Sitzung des Hauptausschusses am 14.02.2011

Vorlage:

Vorlage Nr. 2011/022

Beschluss:

Folgender Beschluss wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 14.02.2011 mehrheitlich gefasst: "Die Anregung der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010 wird abgelehnt." Darüber hinaus wurde der Antrag der WAB-Fraktion der Einladung von Prof. Dr. Bull im Hauptausschuss und Vorbereitung der Anhörung abgelehnt.

5. Anregung aus der Einwohnerversammlung am 30.11.2010:

Anregung der Interessengemeinschaft "Hansdorfer Straße" ein Gesprächstermin mit den Mitgliedern des Bau- und Planungsausschusses zu den vorliegenden Bebauungsplanentwürfen Nr. 91 A und B anzuberaumen

Behandlung im Ausschuss:

Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 16.03.2011

Vorlage: n.e.

Beschluss:

"Nach einem kurzen Meinungsaustausch sowie dem Hinweis, dass der Bebauungsplan "Hansdorfer Straße" in der kommenden Sitzung als Tagesordnungspunkt behandelt wird und es anschließend zu einer 2. Offenlage kommen wird, kommt man überein, dass kein gesonderter Termin mit der Interessengemeinschaft "Hansdorfer Straße" vereinbart werden muss und deren Anliegen im Rahmen des BPA besprochen werden können. Ferner wird darauf hingewiesen, dass bereits alle Fraktionen mit der Interessengemeinschaft Gespräche geführt haben."

6. **Anregung aus der Einwohnerversammlung am 30.11.2010:**
Anregung des Herrn Siemers "Ein Konzept für die von Frau Pepper den Bürgerinnen und Bürgern zugesagte Fortsetzung der Zukunftswerkstatt" in Kosten und Umsetzung vorzulegen und eine Konzeption mit Terminablauf für einen den Bürgerinnen und Bürgern zugesagten "Runden Tisch" zur weiteren Aufarbeitung der Kernthemen aus der ZKW 2009 zu erstellen.

Behandlung im Ausschuss:

Sitzung des Hauptausschusses am 04.04.2011

Vorlage: Vorlage Nr. 2011/039

Beschluss:

Folgender Beschluss wurde in der Sitzung des Hauptausschusses einstimmig gefasst: "Es wird ein Konzept zu verstärkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsprozessen in der Stadtentwicklung bis Juni 2011 gefasst." Das Konzept wird nach Vorlage im Hauptausschuss beraten, sodass dann die Anregung endgültig beraten wird. Ausschussmitglied Schmick stellt in dieser Sitzung folgenden Antrag: "Von der Verwaltung der Stadt Ahrensburg ist eine Konzeption mit Terminablauf für einen den Bürgerinnen und Bürgern zugesagten "Runden Tisch" zur weiteren Aufarbeitung der Kernthemen aus der ZKW 2009 vorzulegen." Dieser Antrag wurde mit 1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

7. Anregung aus der Einwohnerversammlung am 30.11.2010:

Anregung der NABU-Gruppe Ahrensburg in der Einwohnerversammlung "Das Auetal zwischen Klärwerk und Schlossteich in einer Breite von 300 m gem. § 5 II Nr. 10 und § 9 I Nr. 20 BauGB im F- und B-Plan festzusetzen".

Behandlung im Ausschuss:

Sitzung des Umweltausschusses am 09.03.2011

Vorlage:

Vorlage Nr. 2011/040

Beschluss:

Die Forderung aus der Einwohnerversammlung als auch die Forderung der NABU-Gruppe werden als Anregungen und Bedenken in die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB eingebracht und behandelt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Vorlage.